

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungspreis: Die Abgabepflichtige Zeitstelle für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30 Pfennige, auswärts 40 Pfennige, Kassenpoststelle 30 Pfennige, auswärts 40 Pfennige. 1 Reichsmark, amtliche Stelle 30 Pfennige.

Telegramm: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 50

Dienstag, den 1. März 1927

22. Jahrgang

Briands Außenpolitik.

Briand veröffentlicht im „Petit Parisien“ eine Erklärung, der große Bedeutung beigemessen wird. Er leitet seine Ausführungen über den grundlegenden Wechsel, der sich seit Locarno, Genf und Thoiry in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich vollzogen hat, mit einer unabweislichen Umschreibung des Bieles ein, das er sich seit der Übernahme des Außenministeriums gesetzt und das er seitdem allen Widerständen zum Trotz konsequent verfolgt hat. Er definiert sie als eine Politik des Friedens, „darauf berechnet, zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur alle Streitigkeiten und Konflikte zu beseitigen, sondern darüber hinaus, durch ein System politischer und wirtschaftlicher Vereinbarungen

eine dauernde und engere Annäherung

anzubahnen, die zwischen beiden Ländern allmählich einen Zustand der moralischen Solidarität und gegenseitigen Interessenverflechtung als wirksames Schutzmittel gegen die Wiederkehr eines Krieges schaffen soll.“

Über die Schwere der Aufgabe, die auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Bieles liegen, und über das Maß von Geduld, Mut und Geschicklichkeit, das seine Verfolgung erfordert, hat Briand sich nach seiner Erklärung niemals irgendwelchen Illusionen hingeeben, und er ist mit dem, was bisher allen Schwierigkeiten zum Trotz erreicht worden ist, mehr als zufrieden.

Frankreich, meint er, habe sicherlich keinen Grund, über die materiellen Resultate dieser Politik zu klagen. Die feierliche Anerkennung des Versailler Vertrages „durch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, einschließlich des Präsidenten Hindenburg“, der neuerliche Bescheid auf Elsass-Lothringen und auf gewaltsamen Umsturz der territorialen Verhältnisse im Elsaß, die Erhöhung der französischen Sicherheit durch die Garantie Englands und Italiens, das alles seien Fortschritte, an deren Wichtigkeit noch vor wenigen Jahren auch die unentwegtesten Optimisten nicht zu glauben gewagt haben würden. Als nicht minder bedeutsam bezeichnet Briand den Umsturz, der sich in Deutschland selbst und vor allem in seiner Einstellung zu Frankreich vollzogen habe.

Als Beweis dafür führt er neben der auch des Reichstags noch eigenem Zeugnis zumehr reiflos erfolgten Erfüllung der Deutschland im Friedensvertrag aufgesetzten Entwaifnungsbestimmungen vor allem die

längst in den Verhandlungen über die Offsetungen erzielte Verständigung an, in deren Rahmen sich Deutschland verpflichtet habe, in einem zweiten von der Baltischen Küste bis nach Basel reichenden, sozusagen entmilitarisierten Grenzgebiet keinerlei Befestigungen zu errichten. Das sei mehr als der Friedensvertrag von Deutschland verlangt habe.

Es wäre ungerecht, so erklärte Briand unter Anspielung auf das Bekenntnis der deutschnationalen Minister zu der Politik von Locarno und Thoiry und ihrem formell ausgesprochenen Verzicht auf jeden Revanchegedanken, wenn man solchen Kundgebungen einer völligen Sinnesänderung nicht Rechnung tragen wollte. Was würde man wohl in Frankreich nach 1871 gesagt haben, sagte er, ihre Tragweite unterzuziehen, hinzu, wenn damals französische Minister den Vertrag von Frankfurt und die Abtretung Elsass-Lothringens in einem diplomatischen Akt anerkannt hätten!

Soweit die eine Seite der von Briand gegenwärtigen Politik der Politik von Locarno. Nach seinen Werklungen wird in Frankreich niemand mehr wie gutem Bewusstsein Deutschlands Verständigungsberedtheit und die von ihm im Interesse einer ehestigen Verständigung gebrachten Opfer anzuzweifeln das Recht haben. Wie aber steht es mit der anderen Seite der von Briand aufgemachten Rechnung? Briand hat sich darüber eine auffallende Zurückhaltung auferlegt. Wenn er hat anerkannt, daß Deutschlands Verlangen nach Zurückführung der ostlichen Truppen nichts Ausmales habe, daß Frankreich im gleichen Maße ähnlich gehandelt haben würde, und daß es Deutschlands gutes Recht ist, sich auf den Friedensvertrag zu berufen. Aber, hat er hinzugesetzt, hier handle es sich um eine interalliierte Angelegenheit, und die Garantien die Deutschland zu geben haben müßte, seien außerordentlich schwer zu realisieren, was übrigens auch Herr Stresemann selbst seinerzeit anerkannt habe.

Briands Weisungen sind in dieser Beziehung offenbar durch Rücksichten auf die innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich bestimmt worden. Immerhin haben sie das Gute, daß sie durch die formelle Anerkennung der deutschen Leistungen auch in dieser Frage das Terrain vorbereitet haben und die Wiederannäherung der seit einigen Monaten ins Stadium getretenen Verhandlungen unter sehr viel günstigeren Umständen als bisher ermöglichten.

Wirtschaftskrieg mit Polen.

Einstweilen sind die Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag nur unterbrochen worden. Ob es dazu kommt, daß beide Länder die schwersten Waffen eines verschärften Zoll- und Wirtschaftskrieges untereinander gebrauchen, läßt sich noch nicht übersehen. Die polnische Presse tut ohne Unterschied der Partei so, als ob Polen einen solchen verschärften Wirtschaftskrieg mit Deutschland nicht zu fürchten habe. Das ist offenbar darauf zurückzuführen, daß Polen sich die skandinavischen und südeuropäischen Märkte für seine Kohlen und für die Erzeugnisse seiner Eisenindustrie gesichert hat. Indessen sind es verhältnismäßig nur geringe Mengen, die hierbei in Frage kommen. Auch die Auffassung, daß ein Zoll- und Handelskrieg mit Deutschland vorteilhaft für die polnische Eisenindustrie sei, wird vielfach vertreten. Das bekräftigt indessen eine ziemlich kurzfristige Auffassung der Dinge, denn im Sommer 1927 fallen die letzten gegenseitigen Verhandlungen des Genfer Abkommens für die ostoberschlesische Industrie fort, wie beispielsweise die Schrotverforgung, die Ostoberschlesien in der Hauptsache auf dem deutschen Markt absetzen muß, weil in ganz Polen erhebliche Mengen an Schrott nicht aufzutreiben sind. Die Warschauer Regierung hat für den Außenhandel Polens im Jahre 1926 an die internationalen Preise Zahlen hinausgegeben, deren Zweck es ist, die Entwicklung des Außenhandels als außerordentlich günstig darzustellen. So der Abzug den selten Rohen unter den Röhren verloren hat, werden die Röhren in Ostoberschlesien mangelnd; der Goldmarkt ist eben ein Vorteil, der nicht besteht. Nun soll 1926 die polnische Ausfuhr einen Wert von 1300 Millionen Reichsmark gleich 1910 Millionen Reichsmark erreicht haben. Die Einfuhr betrug 900 Millionen Reichsmark gleich 720 Millionen Reichsmark, was einen Nettogewinn von 380 Millionen Reichsmark ergibt. Insofern betrug der Außenhandel Polens im Jahre 1926 1800 Millionen Reichsmark. Das ist erheblich weniger als in den Jahren 1924 und 1925, wo der Gesamtumsatz einen Wert von 2,2 Milliarden Reichsmark hatte. Hier läßt sich deutlich der Einfluß des bisher schon — allerdings in milderer Form — bestehenden deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges erkennen, der sich 1926 noch schärfer hätte ausprägen müssen, wenn nicht der Streit in England der polnischen Industrie unerwartet zu Hilfe gekommen wäre. 1924 nahm Deutschland für 450 Millionen Reichsmark gleich 43,8 Prozent der polnischen Ausfuhr auf. Im Jahre 1925 laut die Ausfuhr nach Deutschland auf 412 Millionen Reichsmark gleich 40 Prozent der Gesamtumsatz. Umgekehrt führte Deutschland 1924 nach Polen für 420 und 1925 für 378 Millionen Reichsmark aus. Im Sommer 1926 hatte der deutsch-polnische Wirtschaftsrieg einsetzt, was im Außenhandel des gleichen Jahres noch nicht voll zum Ausdruck kommen konnte. Das ist aber 1926 geschehen. Die Ausfuhr Polens nach Deutschland erreichte den Wert von etwa 250 Millionen Reichsmark. Die Einfuhr aus Deutschland betrug nur noch 150 Millionen Reichsmark, so daß der Wirtschaftskrieg schenbar auf Kosten Deutschlands geht. Das läßt damit zusammen, daß noch alle Zollbesetzungskontingente auf Grund des Genfer Abkommens nicht abgelaufen sind; ferner damit, daß Deutschland gegenüber Polen nur den allgemeinen Zolltarif zur Anwendung bringt, während Polen außer mit Kampfstoffen auch noch mit Einfuhrverboten arbeitet. Weiter kommt in Betracht, daß die Währungsverhältnisse in Polen sich als Saluto-Dumping auswirken, so daß sich die ohnehin nicht hohen deutschen Zollsätze leicht überwinden lassen. Schließlich ist darauf zu verweisen, daß Polen seine Ausfuhr um jeden Preis zu fördern sucht, daß es im Ausland konkurrenzlos, um sich auf dem elenden Markt schadlos zu halten. Sobald Deutschland zu Kampfstoffen übergeht, wird die polnische Einfuhr nach Deutschland zum Stillstand kommen. Und der polnische Außenhandel wird im Vergleich zum Jahre 1924 um weitere 20 Prozent zurückgehen. So steht es in Wirklichkeit mit der polnischen Wirtschaft, nach dem Ausbruch des Wirtschaftskrieges mit Deutschland.

Die Antwort der Sowjetregierung an England.

Moskau, 27. Febr. In der Antwortnote der Sowjetregierung wird u. a. ausgeführt, die Sowjetregierung habe wiederholt bei englischen Beschwerden einen Hinweis auf etwaige konkrete Fälle verlangt, dem sei die britische Regierung jedoch nicht nachgekommen, was eine Verletzung der 1924 eingegangenen Verpflichtung Lord Curzon bedeute. Die jüngste britische Note zähle lediglich eine Reihe politischer Versicherungen sowjetischer Staatsmänner auf. Es sei eine willkürliche Erweiterung der bestehenden Vereinbarungen, die auch auf unabhängige oder in der Presse veröffentlichte Versicherungen innerhalb der Sowjetunion ausdehnen zu wollen. Weiter in der Sowjetpresse noch in sonstigen russischen Versicherungen sei etwas zu finden, was etwa den scharfen Ausfällen der konservativen Regierung gleiche. Als antibritische Propaganda könnten nicht aufgeföhrt werden die analytischen Einschätzungen der Außenpolitik der britischen Regierung, sowie prinzipielle Ausführungen von russischen Parteiführern über die

Unabwendbarkeit der Weltrevolution

und über die Bedeutung der nationalrevolutionären Bewegung im Osten. Die englische Regierung weiche bewußt von den allgemein üblichen internationalen Normen und Gesetzmäßigkeiten und selbst den elementaren Anstandsregeln ab. Sie erlaube sich, mit der Sowjetregierung im Ton einer Drohung mit einem Ultimatum zu reden und die Verfassung der Sowjetunion zu ignorieren, indem sie in ihren Notizen hartnäckige Versuche mache, Parteiorgane oder selbst internationale Institutionen an die Stelle der formellen Regierung der Sowjetunion zu setzen. Sie habe sich ferner

einen unerhörten und präzedenzlosen Ton

gegenüber Tschitschewin erlaubt. Nach einem Hinweis auf neuerliche Enthüllungen über Versuche einer Verständigung zwischen einzelnen Mitgliedern der englischen Regierung und ehemaligen zaristischen Diplomaten und Vertretern der Gegenrevolution führt die Note

weiter aus, der englisch-sowjetische Handelsvertrag wie auch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen habe den Interessen beider Länder entsprochen. Wenn die britische Regierung glaube, daß der Abbruch der englisch-sowjetischen Beziehungen dem britischen Reich und der Sache des allgemeinen Friedens zum Vorteil diene, so werde sie naturgemäß dementsprechend handeln und die volle Verantwortung für die Wirkungen übernehmen müssen. Die Sowjetregierung bekräftigt zum Schluß die Erklärung, sie stehe über die Gewissheit der Wahrung sämtlicher Interessen und der Herstellung vollkommener normaler Beziehungen und erklärt, sie werde ein Entgegenkommen der britischen Regierung auf dem Wege zum Frieden aufrechtlich begrüßen.

London, 27. Febr. Die Kenter erzählt, wird voraussichtlich vor der in Aussicht gestellten Debatte über die englisch-russischen Beziehungen, für die ein Tag noch nicht feststeht, von Seiten der Regierung eine Erklärung im Unterhaus abgegeben werden. Weiter meidet Kenter: Die Antwortnote Sowjetrußlands ist in Wendungen gehalten, die englischerseits erwartet worden sind. Man hatte nicht angenommen, daß die sowjetrussische Regierung irgendwelche Verantwortlichkeit für die Propaganda zugeben oder sich irgendwelche sonst eine Blöße geben würde. Diejenigen Anhänger der Regierung, die an der englischen Note Kritik geübt haben, weil sie zu milde sei, verrichten die russische Antwort als unerschrocken und werden einen starken Druck ausüben, um die Annullierung des Handelsvertrages und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durchzusetzen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die englische Regierung im Sinne ihrer Note auch handeln werde, und es wurde als möglich angesehen, daß die Regierung das Handelsabkommen annulliert, während sie die diplomatischen Beziehungen weiterhin bestehen läßt.

Eine neue Ausweisung aus Ostoberschlesien.

In Laurahütte ist nach einer Meldung der „Berliner Montagpost“ eine neue Ausweisung eines reichsdeutschen Industriebeamten aus Ostoberschlesien erfolgt. Der Ingenieur Schöara von der Laurahütte hat eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung, die heute abläuft, nicht erhalten und muß daher heute das polnische Gebiet verlassen. Allerdings wird dieser Fall vor dem gemischten Schiedsgericht in Ostoberschlesien nachgeprüft werden müssen, da Schöara im Abstimmungsgebiet geboren ist und sich zur Zeit des Ueberganges der Staatshoheit an Polen nur zu Studienzwecken in Breslau aufgehalten hat.

Empfang des Admirals a. D. Behne durch Coolidge.

Washington, 27. Febr. Admiral a. D. Behne wurde heute vom Präsidenten Coolidge in besonderer Audienz empfangen